

Zur derzeitigen Lage der Berufsbildung in der DDR

Ein Interview*) mit Herrn Professor Dr. Wolfgang Rudolph, Direktor des Zentralinstituts für Berufsbildung der DDR



Wolfgang Rudolph, Prof. Dr. sc. paed.,
Direktor des Zentralinstituts für Berufsbildung der
DDR.

BWP: Herr Professor Rudolph, die Berufsbildung in der Deutschen Demokratischen Republik befindet sich zur Zeit in einem entscheidenden Wandel. Worin liegen angesichts der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen die aktuellen Probleme der Berufsbildung in der DDR und worauf zielen Ihre Reformvorschläge?

Rudolph: Die Berufsbildung war immer und ist in jedem Lande auf so vielfältige Weise mit allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere mit der Wirtschaft verbunden, daß derartige Veränderungen, wie sie sich in der DDR seit dem Herbst 1989 vollziehen, auch einen grundlegenden Wandel der Berufsbildung mit sich bringen. Wir gehen davon aus, daß sich die Berufsbildung nicht nur den neuen Bedingungen und Erfordernissen anpassen muß, sondern daß sie selbst aktiv zu diesen Veränderungen beitragen sollte. Als erstes

wurden Maßnahmen durchgeführt, um Deformationen in der Berufsbildung aufgrund einseitiger weltanschaulich-ideologischer und parteipolitischer Beeinflussungen der Jugendlichen zu beseitigen. So haben wir z. B. in kurzer Zeit Vorschläge für die inhaltliche Neugestaltung der gesellschaftskundlichen Fächer in der Berufsausbildung ausgearbeitet. Wesentlich schwieriger gestaltet sich jetzt die Umstellung der Berufsbildung auf marktwirtschaftliche Bedingungen, die von inhaltlicher Neugestaltung — vor allem der kaufmännischen Ausbildung — bis zur Einstellung auf neue Wirtschaftsmechanismen — z. B. dem Wegfall zentraler staatlicher Planung auch in der Berufsbildung — reicht. Überhaupt gilt es m. E., den staatlichen Dirigismus zu ersetzen durch Übertragung von Verantwortung an die Wirtschaft und ihre sich neuformierenden Organe, d. h. Kammern, Verbände usw., sowie die konsequente Durchsetzung der gewerkschaftlichen Mitsprache auf allen Ebenen und in allen Fragen. Heute geht es nicht mehr um eine Reform der Berufsbildung, sondern entsprechend der Regierungserklärung vom 19. April 1990 auch auf dem Gebiet der Berufsbildung um eine Angleichung an die in der Bundesrepublik geltende Rechtsordnung. Damit sind vielfältige praktische Arbeiten verbunden, vor allem aber eine gewaltige Umstellung im Denken aller Beteiligten — von Mitarbeitern des Ministeriums für Bildung über unser Institut, die Verantwortlichen in der Wirtschaft, Gewerkschaftsfunktionäre bis hin zu allen Lehrern und Ausbildern, den Lehrlingen, den Schülern bei der Suche nach einer Lehrstelle und den Eltern.

BWP: Sie sprachen über viele notwendige und bereits eingeleitete Veränderungen. Wenn Sie, Herr

*) Ein entsprechendes Interview zwischen der wissenschaftlichen Zeitschrift des Zentralinstituts für Berufsbildung der DDR „Forschung zur Berufsbildung“ und dem Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, Dr. Hermann Schmidt, wird im Heft 3/90 der o. g. Zeitschrift veröffentlicht.

- 5) Ebd. Vgl. auch: Havers, N./Parmentier, K./Stoss, F.: Alternative Einsatzfelder für Lehrer? Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 73, Nürnberg 1983. Und: Wiegand, U. (Hrsg.): Berufliche Einsatzmöglichkeiten für Lehrer und Pädagogen in der Wirtschaft, Bad Honnef 1988.
- 6) Vgl.: Beinke, L./Arabin, L./Faulstich, P. (Hrsg.): Der Weiterbildungslehrer, Bd. 1 und 2, Weil der Stadt 1981.
- 7) Vgl.: Dahm, G., u. a.: Weiterbildungspersonal. In: ders. u. a. (Hrsg.): Wörterbuch der Weiterbildung, München 1980, S. 361 ff.; Gieseke, W.: Pädagogenqualifikation. In: Nuissl, E. (Hrsg.): Taschenbuch der Erwachsenenbildung, Baltmannsweiler 1982, S. 145 ff.; Vath, R.: Der Beruf des Erwachsenenpädagogen. In: Siebert, H. (Hrsg.): Taschenbuch der Weiterbildungsforschung, Baltmannsweiler 1979, S. 108 ff. Dort wird jeweils weiterführende Literatur zu diesem Thema genannt.
- 8) Vgl.: Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (Hrsg.): Nebenberufliche Qualifikation, Bd. 1—8 und Dozentenleitfaden, Weinheim und Basel 1982; Liebl, P./Scherer, A.: Hauptberufliche Mitarbeit in der Erwachsenenbildung, hrsg. von der Pädagogischen Arbeitsstelle (PAS) des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Frankfurt 1984; PAS (Hrsg.): Selbststudienmaterial für Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung (sestmat), 23 Studieneinheiten, Frankfurt versch. J.; Schmidt, G.: Mitarbeiterfortbildung, hrsg. von der PAS, Frankfurt 1984.
- 9) Vgl.: Faulstich, P.: Erwachsenenbildung und Hochschule, München/Wien/Baltimore 1982.
- 10) Vgl.: Glücklich, F.: Kapitulation vor der Dauerarbeitslosigkeit — Welchen Weg nimmt die Bundesrepublik, hrsg. von der Stiftung Berufliche Bildung, Hamburg 1988, S. 23 ff.
- 11) Zu den widersprüchlichen Entwicklungen in der Professionalisierungsdiskussion in jüngster Zeit vgl. Schlutz, E./Siebert, H. (Hrsg.): Ende der Professionalisierung? Die Arbeitssituation in der Erwachsenenbildung als Herausforderung für Studium, Fortbildung und Forschung, Bericht der Jahrestagung 1987 der Kommission Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Tagungsberichte Nr. 17 d. Universität Bremen, Bremen 1988.
- 12) Vgl.: Stiftung Berufliche Bildung (Hrsg.): Die ersten fünf Jahre 1982—1987, Hamburg 1987.
- 13) Langenbach, M. L./Löwisch, D./Scherer, A.: Fortbildung zum Weiterbildungslehrer — Praxisanforderungen, Qualifikationsprofil und Lehrgangskonzept, hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin 1980.
- 14) Zu den Forschungsmethoden im Bildungsbereich vgl. Will, H.; Winteler, A.; Krapp, A.: Evaluation in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Sauer-Verlag, Schriftenreihe Moderne Berufsbildung, Bd. 10, Heidelberg 1987.
- 15) Czycholl, R./Geißler, K. A.: Dozentenqualifizierung. In: Beiträge zur Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 1, Linz 1985; Harke, D./Volk-von Bialy, H. (Hrsg.): Modellversuch „Lernberatung“ — Fortbildung von Lehrpersonal in der beruflichen Erwachsenenbildung, 4 Bände. Bundesinstitut für Berufsbildung: (Fachinformation, Heft 3, erscheint Ende April 1990); Wack, O. G.: Praxis gemeinsam bewältigen — Zur Konzeption einer subjekt- und situationsorientierten Kursleiterfortbildung, Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest 1987.

Professor Rudolph, nach vier Jahrzehnten Berufsbildung in der DDR Bilanz ziehen, worin sehen Sie die Vorzüge dieses Berufsbildungssystems?

Rudolph: Zunächst möchte ich einmal sagen, daß das Berufsbildungssystem der DDR international ein gutes Ansehen hatte und es auch innerhalb unseres Landes zweifelsohne auf der „Haben-Seite“ steht. Nicht zufällig gab es ja im Herbst relativ wenig Unmut unter der Bevölkerung gegenüber der Berufsbildung. Wir haben ein hohes Ausbildungsniveau erreicht, was ja auch in der guten Verwertbarkeit der Facharbeiterqualifikation von Übersiedlern in die Bundesrepublik zum Ausdruck kommt — vorwiegend im gewerblich-technischen Bereich. Wenn ich nach „Vorziigen“ gefragt werde, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sie immer relativiert werden müssen vor dem Hintergrund einer grundlegenden, konsequenten Überwindung aller Deformationen, die sich aus den früheren stalinistischen Strukturen auch für die Berufsbildung der DDR ergaben. Für einen Vorzug halte ich die Einheit zwischen theoretischer und praktischer Berufsausbildung, die u. a. durch einheitliche Lehrpläne für diese beiden Teile der Ausbildung seit 1951, durch die einheitliche Leitung beider Bereiche auf allen Ebenen und durch die Existenz von Betriebsberufsschulen, in denen ca. zwei Drittel aller Lehrlinge ausgebildet werden, verwirklicht wird. Das gleiche trifft auf die Einheit von Ausbildung und beruflicher Weiterbildung in konzeptioneller und organisatorischer Hinsicht zu. Für gut halte ich auch langjährige Traditionen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften für die Berufsbildung — das Studium für Berufsschullehrer an Universitäten, das Fachschulstudium für Lehrkräfte des berufspraktischen Unterrichts (Ausbilder) an Fachschulen, die Tätigkeit der Bezirkskabinette für Weiterbildung der Kader der Berufsbildung u. a. m. Als Vorzüge erschienen einige soziale Fragen wie die Sicherheit einer Lehrstelle für alle Schulabgän-

ger oder die Arbeitsplatzgarantie nach der Ausbildung, die aber mit einem administrativen Druck auf die Betriebe verbunden waren und deshalb mit marktwirtschaftlichen Prinzipien unvereinbar sind.

BWP: *Worin liegen Ihrer Ansicht nach die gemeinsamen Perspektiven der Berufsbildung in beiden deutschen Staaten?*

Rudolph: Vielleicht sollte man zunächst präzisieren und angesichts der in historisch kurzer Zeit erfolgenden Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten nach der Berufsbildung im zukünftigen einheitlichen Deutschland fragen. Die ersten freien und geheimen Wahlen in der DDR am 18. März haben ein eindeutiges Votum der Mehrheit der Wähler für eine schnelle Vereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes ergeben. Das ist der Wählerauftrag, der auch für die Berufsbildung gilt, wenn auch noch viele Diskussionen über Detailfragen notwendig sein werden. Für die Berufsbildung ist dabei zunächst die Tatsache bedeutsam, daß sie in beiden deutschen Staaten sehr ähnlich ist: Es handelt sich bei beiden um ein auf betriebliche Ausbildung orientiertes System in Einheit mit Berufsschulunterricht, wobei der Staat die theoretische Ausbildung und die Wirtschaft einzelbetrieblich die praktische Ausbildung finanziert. Es sind also keine grundlegenden Umstellungen erforderlich, wie sie z. B. bei einem Aufeinandertreffen vollzeitschulischer und betrieblicher Ausbildungssysteme notwendig wären. Aber es gibt einige Unterschiede, vor allem in der Art und Weise der Verbindung zwischen der theoretischen und der praktischen Berufsausbildung. Das duale System in der BRD hat sich bewährt und findet weltweit — auch in der DDR — hohe Anerkennung. Ich würde aber die Vereinigung der beiden Staaten für eine günstige Möglichkeit erachten, auch über die weitere Vervollkommnung dieses Systems nachzudenken, wofür es ja auch in der Bundesrepublik ver-

schiedene Vorstellungen gibt, wie ich aus dem Zwischenbericht der Enquete-Kommission des Bundestages ersehen konnte. Dabei sollte auch diese und jene Erfahrung der DDR ins Kalkül gezogen werden. Natürlich ist mir klar, daß manches unter marktwirtschaftlichen Bedingungen einfach nicht geht, z. B. die Planung von Lehrstellen, die planmäßige Verteilung der Schulabgänger, die Beauftragung von Betrieben zur Schaffung von Ausbildungsplätzen o. ä. Ich könnte mir aber vorstellen, daß einige spezifische Teile der Berufsbildung der DDR — z. B. Betriebsberufsschulen oder die „Berufsausbildung mit Abitur“ — auch auf der Grundlage der Rechtsordnung der Bundesrepublik bzw. der Schulgesetze der zukünftigen Länder in der DDR modifiziert erhalten bleiben könnten.

BWP: *Welchen Beitrag kann die Berufsbildungsforschung zur Lösung der anstehenden Probleme leisten?*

Rudolph: Meines Erachtens sehr viel. Die Berufsbildungsforschung hat in der DDR gute und lange Traditionen. Bekanntlich wurde ja bereits unmittelbar nach Gründung der DDR 1950 ein Deutsches Zentralinstitut für Berufsbildung geschaffen, weil eine gute Berufsbildungspolitik und -praxis nur auf wissenschaftlicher Grundlage möglich ist. Das beweist ja auch die Tätigkeit des BIBB. Die Berufsbildungsforscher in beiden deutschen Staaten haben — wie es das Berufsbildungsförderungsgesetz (§ 6 Abs. 2 Nr. 3) vorsieht — die vornehmliche Aufgabe, auf der Grundlage ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen als Berater der Regierungen zu fungieren. So war unser Institut auch maßgeblich an der Tätigkeit von zwölf Arbeitsgruppen beteiligt, die Vorschläge zur Berufsbildungsreform ausarbeiteten. In diesen Gruppen wirkten seit Januar 1990 etwa 600 Wissenschaftler, Praktiker und Bildungspolitiker mit. Jetzt geht es darum, für die Rechtsangleichung auf dem Gebiet der Berufsbildung im Rahmen des Vereinigungspro-

zesses zwischen beiden Staaten eine wissenschaftliche Fundierung durch Analysen, Expertisen, Variantenvergleiche, synthetisierende Arbeiten, konstruktive Vorschläge u. v. a. m. zu fördern. Darunter fallen auch Arbeiten zur Angleichung an das Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe, zur schrittweisen Umstellung der Ausbildungsinhalte auf die Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne der BRD bis hin zur erstmaligen Ausarbeitung eines Berufsbildungsberichtes der DDR, der sich in Aufbau und Inhalt in den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung organisch einfügt. Nicht zuletzt braucht gerade im gegenwärtigen Vereinigungsprozeß die Praxis viele Hilfen von uns, was auch unsere Unterstützung bei der Weiterbildung von Lehrkräften und Leitungspersonal der Berufsbildung einschließt.

Bei vielen dieser Projekte gibt es bereits eine unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern des ZIB und des BIBB. Ich denke dabei an die inhaltliche Neugestaltung der kaufmännischen Ausbildung in der DDR, an die Einbeziehung der DDR in die Qualifikationserhebung des BIBB und des IAB, an Äquivalenzuntersuchungen zu den Facharbeiterberufen der DDR, an Modellversuche zum Einsatz neuer Medien u. v. a. m.

BWP: *Wie sehen Sie die Lösung der Probleme der Berufsbildung in beiden deutschen Staaten vor dem Hintergrund der gesamteuropäischen Entwicklung?*

Rudolph: Die Berufsbildung beider deutschen Staaten — ebenso wie die Berufsbildung eines vereinigten Deutschland — muß einen aktiven Beitrag zum europäischen Vereinigungsprozeß leisten. Ich habe sogar den Eindruck, daß die anderen Länder von uns auf diesem Gebiet besonders viel Initiative erwarten. Und die DDR hat dabei auch viel einzubringen. Ich denke dabei u. a. an die seit zwanzig Jahren erfolgreich durchgeführte Forschungs Kooperation zwischen den Berufsbildungsforschungsinstituten

der RGW-Länder, an der wir maßgeblich beteiligt sind. Diese Erfahrung sollte unbedingt in die gesamteuropäische Zusammenarbeit einfließen. Die DDR könnte dabei auch eine gewisse „Mittlerfunktion“ zwischen den EG- und RGW-Ländern spielen, da unser Institut aufgrund jahrelanger international vergleichender Berufsbildungsforschung über eine gute Situationskenntnis, über eine umfangreiche Dokumentation und entsprechende Sprachbefähigung verfügt. Auch der Prozeß des Zusammenwachsens zweier Berufsbildungssysteme, wie er in Deutschland vor sich geht, wird viele Erkenntnisse mit sich bringen, die auf den europäischen Rahmen ausgedehnt wer-

den können. Andererseits sollten wir gerade bei den jetzigen Bemühungen um die Veränderung der Berufsbildung in der DDR im Rahmen des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses auch die Erfahrungen anderer europäischer Länder beachten — ost- und westeuropäischer — und selbstverständlich unsere Erfahrungen einbringen. Dafür hat CEDEFOP mit der ersten Ost-West-Konferenz zur Berufsbildung im Januar in Budapest einen guten Auftakt gegeben und auch für die nächste Zeit wertvolle Initiativen eingeleitet.

BWP: *Herr Professor Rudolph, ich danke Ihnen für das Gespräch.*

Modellversuch Informatik-Pädagoge/Pädagogin

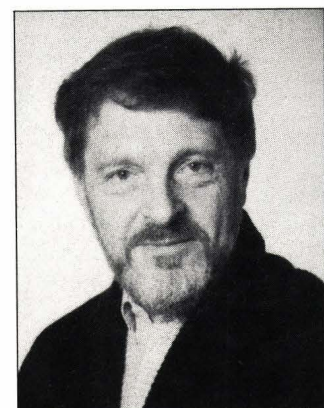
Zu einem neuen pädagogischen Qualifikationsprofil für Hochschulabsolventinnen und -absolventen in außerschulischen Beschäftigungsbereichen

Angelika Nicol, Rolf Oberliesen

Bedingt durch berufliche Wandlungsprozesse entsteht gegenwärtig ein bedeutender Bedarf an fachlich und pädagogisch qualifizierten Dozenten und Dozentinnen. Hier wird über eine Weiterbildungsmaßnahme (Modellversuch) berichtet, die unter Einbeziehung der vorhandenen pädagogischen Qualifikation von Hochschulabsolventinnen und -absolventen diese neuen Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien zu erschließen sucht. Der Modellversuch verfolgt u. a. das Ziel, ein innovatives Curriculum auch für andere Weiterbildungsträger bereitzustellen. Gleichzeitig blieb zu prüfen, inwieweit sich mit diesem neuen Qualifikationsprofil die angenommene betriebliche Antizipation bestätigte und sich die postulierten Beschäftigungschancen potentiell erhöhten.



Angelika Nicol
Diplomandin am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.



Rolf Oberliesen, Dr.
Ordentlicher Professor für Erziehungswissenschaft am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.